



Pressemitteilung zum 62. Jahresbericht 23. Februar 2021

Das Jahr 2020 war geprägt von der **Covid-19-Pandemie**. Wie unsere gesamte Gesellschaft, so beschäftigte und belastete die Pandemie auch die Bundeswehr: verkürzte Ausbildung, abgesagte Lehrgänge, ausgefallene Übungen, verschobene Auswahlkonferenz, mehrfache Quarantäne vor dem und im Einsatz, Homeoffice, Videokonferenzen, Hygienekonzepte, Masken, Abstand und Amtshilfe. Fast 500 Eingaben rund um die Covid-19-Pandemie zeigten, wie hoch die Belastung der Soldatinnen und Soldaten war. Es ist der Bundeswehr gelungen, unter schwierigen Bedingungen die Einsatzbereitschaft aufrechtzuerhalten. Das ist ein Erfolg. Auch wenn es nicht der Kernauftrag unserer Bundeswehr ist, sondern Hilfe in der Krise, zeigte sich bei der Amtshilfe erneut, was die Truppe kann und wie wichtig ihr Beitrag in einer solchen Pandemie ist. Das vorbildliche Engagement bei der Amtshilfe sollte durch eine Einsatzmedaille ausgezeichnet werden. Wo zivile Institutionen und Strukturen an ihre Grenzen kommen, kann die Bundeswehr unterstützen, sie kann die personellen Defizite jedoch nicht ersetzen. Wir sollten aus dieser Pandemie Lehren ziehen und prüfen, wie der Bevölkerungsschutz und die Katastrophenhilfe verbessert werden können.

Die Rahmenbedingungen sind für die Soldatinnen und Soldaten zum Teil unbefriedigend: zu wenig Material, zu wenig Personal, zu viel Bürokratie. Das ist inakzeptabel. Soldatinnen und Soldaten brauchen in Ausbildung, Übung und Einsatz die bestmögliche **Ausrüstung**. Fehlende oder nicht einsatzfähige Fahrzeuge, Hubschrauber und Schiffe, fehlendes Werkzeug, enorme Verzögerungen bei der Instandsetzung – das ist leider Alltag in der Truppe. Inakzeptabel sind auch die Mängel bei der persönlichen Ausstattung selbst von kleinen Ausrüstungsgegenständen wie Kälteschutzanzügen, Gehörschutz, Helmen oder Rucksäcken. Unzumutbar sind die Zustände in manchen Gebäuden. Der Sanierungsstau ist gewaltig. Es ist absolut unverständlich, dass es nicht gelingt, Beschaffungen zu beschleunigen. Nicht zuletzt das Negativ-Beispiel des neuen Sturmgewehrs sollte Anlass genug sein, grundsätzlich über die Anwendung des Vergaberechts und die Vergabeverfahren nachzudenken. Wir brauchen mehr Flexibilität, mehr Verantwortungsbewusstsein und klarere Entscheidungsstrukturen. Es liegt nicht allein am Geld, die Mittel müssen auch in der Truppe ankommen. Erfreulicherweise steigt der **Verteidigungshaushalt** weiter an. Es sollte bei diesem Aufwärtstrend bleiben.

Neues **Personal** zu gewinnen, wird auch für die Bundeswehr zunehmend schwieriger. Deshalb muss sie mehr Anstrengungen unternehmen, damit sie als moderner Arbeitgeber wahrgenommen wird: Sie muss attraktiv für Frauen sein, die Vereinbarkeit von Familie und Dienst verbessern und für mehr Planbarkeit sorgen. Nicht nachvollziehbar war, dass die Auswahlkonferenz für Feldweibel für eine Übernahme als Berufssoldatin oder -soldat wegen der Pandemie nicht durchgeführt wurde. Kreativere und flexiblere Lösungen wären hier gefordert gewesen.

Die Pandemie hatte auch positive Seiten: Die Bundeswehr konnte sich als krisensicherer Arbeitgeber präsentieren, die Digitalisierung hat einen Schub erfahren.

Die klare Mehrheit der Soldatinnen und Soldaten steht mit beiden Beinen auf dem Boden unseres Grundgesetzes. Die Fälle zu extremistischen Tendenzen in der Bundeswehr sind im Vergleich zum Vorjahr allerdings weiter gestiegen. Es zeigt, dass beim Thema **Rechtsextremismus** weiter Handlungsbedarf in allen Bereichen der Bundeswehr besteht. Es braucht Aufklärung, Sanktion und Prävention – und zwar konsequent, lückenlos und zügig. Das ist eine Daueraufgabe – in der gesamten Gesellschaft und somit auch in der Bundeswehr. **Politische Bildung** ist der Schlüssel, damit sich Extremismus gar nicht erst ausbreitet. Sie muss integraler Bestandteil im Dienstalltag sein.

Erneut stand das **Kommando Spezialkräfte** (KSK) im Fokus von Ermittlungen. Richtig, wenn auch besonders einschneidend für das Kommando Spezialkräfte, war die Auflösung der 2. Kompanie. Ein Reformprozess wurde eingeleitet. Der jetzt bekannt gewordene Vorwurf einer „Amnestie“ für Waffen- und Munitionsbesitz im KSK belastet den gesamten Prozess von Aufklärung und Reform erheblich. Wir brauchen die Aufklärung aller Sachverhalte im KSK und absolute Transparenz.

Wer sich extremistisch verhält oder Extremismus nur akzeptiert, gehört nicht in die Bundeswehr. Die rechtlichen Hürden für die Entfernung von Soldaten oder Soldatinnen aus dem Dienstverhältnis sind hoch und die Verfahren dauern oftmals viel zu lang. Es ist gut, dass die Bundesregierung eine Neuregelung im Soldatengesetz angestoßen hat. Danach soll es künftig möglich sein, Soldatinnen und Soldaten auf Zeit in besonders schweren Fällen noch bis zum Ablauf des achten statt bisher des vierten Dienstjahres zu entlassen. Das ist ein konsequenter Schritt. Das Bundesamt für den **Militärischen Abschirmdienst** (BAMAD) erfüllt bei der Extremismusabwehr eine wichtige Funktion und sollte personell weiter gestärkt werden.

Die Aufgaben der Bundeswehr werden nicht weniger. Ein Ende des Einsatzes der Bundeswehr in **Afghanistan** ist absehbar. Wir sind gemeinsam rein, wir müssen auch alle zusammen wieder rausgehen. Die Sicherheit für die Soldatinnen und Soldaten muss dabei an oberster Stelle stehen. Nach rund 20 Jahren ist es Zeit für eine kritische und ehrliche Bilanz des Einsatzes. Unsere Soldatinnen und Soldaten stehen ein für Freiheit, Demokratie, ein vereintes Europa und Frieden in der Welt – notfalls mit ihrem Leben. Sie verdienen Dank, Anerkennung, Wertschätzung und Respekt.

Der Jahresbericht zeigt für das Parlament sowie die politische und militärische Führung Probleme und Herausforderungen auf und bietet Anregungen für Reformen, Lösungen und Verbesserungen für unsere Soldatinnen und Soldaten.